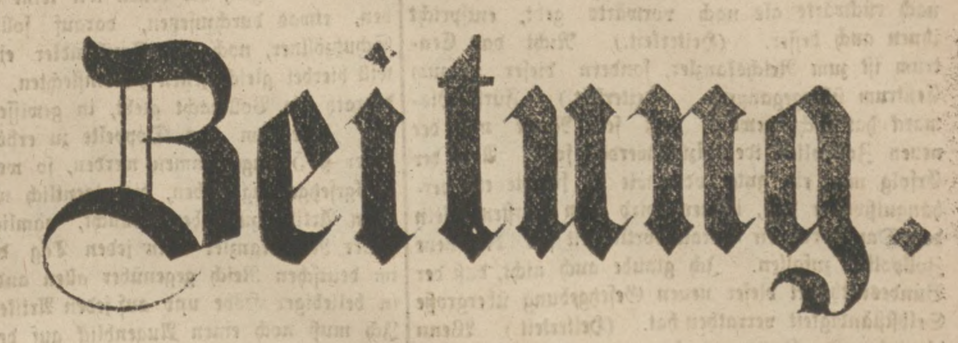
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: [illegible] 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann
Stettin, Kirchplatz Nr. 3

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe. Montag, den 5. Mai 1879. Nr. 208.

Deutscher Reichstag.

37. Plenar-Sitzung vom 3. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, Finanzminister Hobrecht, Geh. Räthe Tiedemann, Burghart, Mayr und Andere.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Min.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Zolltarif wird fortgesetzt.

Abg. Reichensperger (Olpe): Der letzte Herr Redner, der Abg. Delbrück, hat ja eine bedeutende Autorität für sich auf zollpolitischem Gebiete; aber er hat es mir doch leicht gemacht, gegen ihn zu sprechen, indem er den großen Gegensatz zwischen der früheren und der heutigen Zollpolitik in seiner Rede unberücksichtigt gelassen hat. Er hat im Wesentlichen nur die unwichtigeren Positionen des Tarifs erörtert, und ich gehe darauf nicht ein, weil das, um Wiederholungen zu vermeiden, der Spezialberathung vorbehalten bleiben muß. (Sehr richtig! rechts.) Ich wende mich nun an die eigentlichen Herren Mandatare des Freihandels. Diese haben ja noch vor dem Bekanntwerden dieser Vorlage mit möglichster Energie die Grundzüge der 1865 inaugurirten Freihandelspolitik vertheidigt und den Entwurf verworfen. Aber die Art ihrer Polemik hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob sie von vornherein an dem Siege ihrer Sache verzweifeln — das beweist der provokatorische Ton. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Ihre persönlichen Angriffe und die Insinuationen einer Interessenpolitik haben ihnen sicherlich keine Stimmen gewinnen können. Denn um Interessen handelt es sich hier allerdings, aber um die Interessen der Gesammtheit, die sich ihrerseits wieder zusammensetzen aus den Interessen der Einzelnen. Man muß die Sache eben nicht auffassen vom Standpunkte der Selbstsucht, sondern vom Standpunkte des deutschen Volksvertreters, und umgekehrt ist auch der kosmopolitische Standpunkt der Sache nicht der richtige, sondern der deutsche Standpunkt. Daran müssen wir festhalten, daß wir nicht allzu nachgiebig sein dürfen, sondern daß wir auch in den Herzen unserer Nachbarn den Wunsch zu erwecken suchen müssen, daß auch sie ihrerseits uns Konzessionen machen. Die Sache ist so schwierig, daß man sie nicht durch Doktrinarismus noch schwieriger machen sollte. Die Materie ist schwieriger als selbst die Aufstellung eines Strafgesetzbuchs oder eines Civilcodex, denn hier handelt es sich um die Grundlage aller Existenz überhaupt. (Sehr wahr!) Dahin dürfen wir doch nicht kommen, wohin Portugal einst gelangte, daß es sich in der absoluten Abhängigkeit von der englischen Handelspolitik befand. Wir müssen uns dem Auslande gegenüber sichern, und wenn es selbst durch einzelne Opfer geschehen müßte. Denn heute haben wir ja nicht die allergeringste Garantie der Existenzfähigkeit selbst in den Branchen, in denen wir dem Auslande überlegen sind, denn das Ausland braucht uns nur durch seine Zollmaßregeln die Ausfuhr abzuschneiden. Das ist gerade, wie wenn Jemand fortwährend von Friedenspolitik reden wollte, ohne Rücksicht auf das, was die Nachbarn thun. Und gerade darum ist auch die Thronrede, welche von der Umkehr der Handelspolitik sprach, überall mit der größten Genugthuung begrüßt worden. Das Volk wünscht das Einlenken in andere Bahnen. Insbesondere sind Schutzmaßregeln nöthig geworden gegenüber dem mächtigen England, das seine enorme Macht erreicht hat durch den Navigationshandel. (Sehr richtig! rechts.) In England ist das Freihandelssystem zuerst aufgestellt worden; aber die englische Politik hat sich wohlweislich gehütet, dieses System in die Praxis zu übersetzen. Das hat man anderen Ländern überlassen. Ich frage die Herren Freihändlrr, ob England gegenüber nicht ein praktisches Kolleg am Platze wäre über das Hausrecht. Denn wir stehen einem Existenzkampfe unserer Industrie gegenüber, der andernfalls leicht ihr Todeskampf werden könnte. Der praktische Sinn der Amerikaner hat sich denn auch durch die englische Politik schon bewogen gefunden, ein ausgiebiges Schutzzollsystem einzuführen. Auch in den englischen Kolonien, wie in Australien, ist der Schutzzoll längst eingeführt. Nun sagen unsere Gegner freilich, die Kalamität laste auch auf den anderen Nationen in gleichem Maße, und deshalb könne sie doch nicht zurückgeführt werden auf eine bestimmte Ursache. Das ist ja im Allgemeinen wohl richtig, aber die Thatsache bleibt doch bestehen, daß wir unsererseits durch die 1867 inaugurirte Zollpolitik dazu beigetragen haben, die auri sacra fames bei allen Kulturvölkern weiter verbreiten zu helfen und zu verallgemeinern. Ein großer Theil der Mitschuld trifft auch unsere Gesetzgebung und vor Allem das Aktiengesetz. Nur durch das Aktiengesetz ist es möglich geworden, daß Aktiengesellschaften gegründet wurden mit tropfenweis zusammengebrachtem Kapital, blos um einzelnen Leuten Tantiemen zu sichern, und daß unser Strafgesetzbuch selbst die allerärgste Nachlässigkeit nicht treffen konnte, ohne den Nachweis des dolus. Dafür mache ich ausschließlich unser Aktiengesetz verantwortlich. Die uns jetzt vorliegenden Entwürfe haben nun einen doppelten Zweck; einmal wollen sie dem Drängen unserer Gewerbe nach Selbsterhaltung genügen und andererseits die Reichsfinanzen heben. Meine Freunde und ich sind der Meinung, daß vorläufig von einer Mehrbelastung des deutschen Volkes absolut nicht die Rede sein darf, weil die Maximalgrenze der Steuerkraft schon erreicht ist. Wir sind kein überreiches Volk und können deshalb nur eine Umwandlung und Umlegung der Lasten im Auge behalten. Die Frage nach einer etwaigen Mehrbelastung würde erst in's Auge zu fassen sein nach dem Ablauf des Septennats, sofern nämlich eine Mehrbelastung überhaupt sich als unabweislich nothwendig herausstellen sollte. Gegen eine gebieterische Nothwendigkeit würde man dann allerdings nicht ankämpfen können. Zu meiner großen Freude kann ich konstatiren, daß die Nationalliberalen eingelenkt haben; früher waren sie die absolutesten Gegner der indirekten Steuern, ihr Ideal war eine hohe Einkommensteuer, und diesen Standpunkt haben sie nun endlich doch als unrichtig erkannt und aufgegeben. Es wird zwar viel von konstitutionellen Garantien gesprochen, es wird befürchtet, daß unser Einnahmebewilligungsrecht geschädigt werden könnte; auch ich bin der Ansicht, daß verfassungsmäßige Bürgschaften dafür gewährt werden müssen, daß der Reichstag nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen zu bewilligen habe. Indeß diese Frage wird zunächst der Bundesrath zu lösen haben, und gegenwärtig haben wir noch keine Ursache zu begründeter Besorgniß. Nun macht man der Vorlage den Vorwurf, daß man weniger den Schutz der Industrie im Auge habe bei Aufstellung der Zölle als finanzpolitische Gesichtspunkte befolge. Dies ist aber durchaus unwahr, und Diejenigen, welche das behaupten, kennen weder die geschichtliche Entwickelung, noch auch die heutige Vorlage. Sie rühmen uns den französischen Handelsvertrag. Ja, wenn ich die vielen Berathungen, Untersuchungen, Anfragen, Enqueten berücksichtige, welche angestellt wurden behufs Aufstellung des vorliegenden Tarifs, dann muß ich doch sagen, daß ich nicht begreife, wie man sich auf die damaligen Vorgänge berufen kann. Der französische Handelsvertrag ist zu Stande gekommen ohne jede Rücksprache mit den Industriellen, ohne vorhergegangene Enqueten, ja sogar ohne Befragung der Landes-Vertretungen, und schließlich nur in Folge der von preußischer Seite ausgesprochenen Drohung, den Zollverein zu sprengen, wenn dem Vertrage nicht zugestimmt würde. Der ganze Vertrag ist das Werk französischer und preußischer Geheimer Räthe, und in nur zu vielen Punkten gewährt der Vertrag ungleiche Rechte, gewährt günstigere Bedingungen für die Franzosen, als für die Deutschen. Besonders ist dies auch der Fall bezüglich der Schifffahrts-Verhältnisse. Ich meinerseits muß für jede solche Wiederholung bestens danken. Es wird behauptet, daß der Abschluß dieses Vertrages einen bedeutenden Aufschwung zur Folge gehabt hätte. Das ist aber nicht die Folge des Handelsvertrages, sondern die Ursachen liegen in den bedeutenden Fortschritten der Technik und besonders in der Ausbildung des Maschinenwesens. Dieser Vertrag brachte uns eben nur die passive Handelsfreiheit, und die enragirten Freihändler sollten doch endlich einmal die Gewogenheit haben, uns zu sagen, wie wir bei dem Fortbestande dieser einseitigen Handelsfreiheit gegen die Ueberschwemmung unseres Marktes mit ausländischen Produkten, gegen die bevorzugte Konkurrenz ankämpfen, wie wir unserer bedrohten Industrie rettend zu Hülfe kommen können. Wollen Sie denn immer mehr Industrielle ruiniren, wollen Sie noch mehr Hochöfen ausblasen, wollen Sie noch einige Tausende von Arbeitern brodlos machen, soll das Elend erst die äußersten Dimensionen annehmen, um Sie von Ihrem Irrthum abzubringen? Als Arndt sein Lied dichtete: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte", da war er doch der Ansicht, daß wir nur deutsches Eisen verbrauchen würden, aber heut kommt bereits mehr als ein Drittel unserer Eisenkonsumption aus dem Auslande. — Aber, sagen dann die Gegner, wenn auch vielleicht der Industrie etwas geholfen würde, dann tritt die weit beklagenswerthere Folge ein, daß die Exportfähigkeit Deutschlands in außerordentlicher Weise leiden muß durch den Schutzzoll. Diese Angabe ist indeß nicht allein unbeweisbar, sondern nach allen Nachrichten, die mir zugegangen sind, hat der Export des schutzzöllnerischen Frankreich zugenommen, der des freihändlerischen England hingegen sich vermindert. Und vor Allem wissen wir, daß die industriellen und Handelszustände Elsaß-Lothringens, als es noch nicht Reichsland war, unter dem französischen protektionistischen System blühend waren, jetzt aber hören wir gerade von dort recht herbe Klagen. Schließlich möchte ich noch auf ein Moment hinweisen, das unsere Gegner hartnäckig ignoriren. Unsere Gesetzgebung beschränkt in humaner Weise die Frauen- und Kinderarbeit. Das Ausland, mit dem wir zu konkurriren haben, thut das nicht, es hat also wohlfeilere Produktionsmittel, da ist es doch dringend nöthig, unserer Industrie zu Hilfe zu kommen. Der Zollverein hat allerdings die einheimische Zuckerindustrie durch seine Zollmaßregeln gegen den Zucker aus Kolonialländern erst zur Blüthe gebracht, und seine Maßregeln waren durchaus schutzzöllnerische. Aus allen diesen Gründen steht die Centrumspartei dem neuen Zolltarif keineswegs feindlich gegenüber; wir glauben, die Hebung der Interessen der deutschen Industrie gegenüber denen der ganzen Welt fördern, und wo uns Maßregeln in solchem Sinne entgegen getragen werden, diese auch befördern zu sollen! (Lebhaftes [illegible: Bravo?])

Abg. Dr. Bamberger: Es ist eine eigenthümliche Erfahrung, wie plötzlich sich die allgemeinen Anschauungswechsel innerer und äußerer Politik selbst bei den größten Staatsmännern vollziehen können, und wie rasch die öffentliche Meinung ihnen folgt. Noch vor Jahresfrist hielt man für ausgemacht, daß die deutsche Gesetzgebung eigentlich zu viel gearbeitet habe, daß sie sich mit einem gewissen furio der Schaffung neuer Gesetze hingegeben habe, und aus dem Munde des Mannes, der jetzt den Anstoß zur Umkehr der Gesetzgebung giebt, habe ich selbst sagen hören, wir hätten einstweilen genug gethan, und sollten auch unseren Nachkommen etwas zu thun übrig lassen. Plötzlich ist das Bild verändert, und wir hören in aufwärts steigendem Tone immer die Aufgaben formiren, welche der deutschen Nation in den grundstürzenden Abänderungen ihrer ganzen ökonomischen Gesetzgebung gestellt werden sollen. Und nicht blos dies, sie sollen in einer unmöglichen Frist gelöst werden. Die Frage der Geschäftsbehandlung ist bis jetzt noch von keinem Redner berührt worden. Ich persönlich bin für die Frage, ob Plenarberathung, ob Kommissionen, gar nicht interessirt, denn ich bin von vornherein überzugt, wie wir uns auch anstellen und anstrengen mögen, eine genügende Lösung und Prüfung dieser Fragen werden wir in der gegebenen Zeit nicht leisten können. (Widerspruch und Zustimmung.) Es soll auf eine vielfach zusammengesetzte Weise Geld gezogen werden aus den Vorräthen der Nation, um damit gewisse Anforderungen und Interessen der Nation zu befriedigen, und das Alles aus dem Grunde, daß man erklärt, die Nation sei jetzt in einem leidenden Zustande. Das Auffällige ist, daß einerseits behauptet wird, wir seien in großer Noth und man andererseits damit anfängt, im Wege der Zoll- und Steuergesetzgebung die Taschen der Steuerzahler in einer viel höheren Weise in Anspruch zu nehmen. (Widerspruch rechts.) Und weil man dieses Verfahren doch rechtfertigen muß, sind uns über die Ausführung des Kunststückes, aus der leeren Tasche Geld zu nehmen und es von Neuem zu vertheilen, verschiedene Vorschläge auf finanziellem und wirthschaftlichem Gebiete gemacht worden. Nun sind aber die regierungsseitigen Erklärungen betreffs der Finanzpolitik noch viel ungenügender als in der Tariffrage. Als nun der Reichskanzler am 15. Dezember a. p. mit seinem Briefe überraschte, der seine neuen zollpolitischen Anschauungen enthielt, glaubte ich, da dort nur aphoristisch einzelne Prinzipien angedeutet waren, wir würden später über diese hochwichtige Frage genauere Aufschlüsse erhalten. Durch die gestrige Rede des Reichskanzlers habe ich aber eine große Enttäuschung erfahren. Diese Rede enthielt keine Spur von jener erwarteten Begründung, sie bestand hauptsächlich aus Verheißungen und Versprechungen für künftige Beglückung durch seine Politik. Das gestern vorgetragene finanzielle System besteht aus einem praktischen Theile, der darauf ausgeht, indirekte Steuern auf alle mögliche Weise aus dem Volke zu ziehen und einem theoretischen, der sich darauf zuspitzt, mit ganz wenigen Ausnahmen, sämmtlichen Angehörigen des deutschen Reiches zu beweisen, sie würden aus diesen neu gewonnenen Steuern ungeheure Reichthümer zu vertheilen haben. haben. Das Maß dieser Reichthümer hat für mich in der That etwas Erschreckendes, nicht weil ich glaube, daß es möglich sei, soviel Geld aus den Taschen der Steuerzahler zu ziehen, sondern weil ich darin die Verfolgung und Stabilirung einer für das deutsche Reich gerade unter den jetzigen Welt-Verhältnissen äußerst verhängnißvollen Politik erblicke. Ich spreche dieses Wort nicht leichtsinnig aus; der vom Reichskanzler betretene Weg ist für mich deshalb besonders betrübend, weil ich bis jetzt an bescheidener Stelle das Glück hatte, im Großen und Ganzen mit seiner Politik zu marschiren. Ich führe das an, um zu zeigen, daß ich nicht leicht zu dieser Ueberzeugung gekommen bin. Ich kann mich ihr aber nicht verschließen, weil die Beweise sich mehr und mehr häufen, daß der Reichskanzler in ein Gebiet von Finanzprojekten tritt, welche dazu angethan sind, Hoffnungen zu erregen, die nie befriedigt werden können. In einer Zeit, wo die ganze Welt sozialistisch durchzogen ist, wo Deutschland der Focus dieser Bestrebungen geworden ist, scheint es mir doch bedenklich, auf diese Weise das Gebiet der Hoffnungen zu erweitern, daß der Staat sich zum Dispensator der Wohlthaten und Güter-Vertheilungen macht, welche den Wählern in Aussicht gestellt werden. Ich weiß nicht, ob der Reichskanzler über die Wirkung des Sozialistengesetzes so beruhigt ist, daß er auch die Keime dieser Bestrebungen erstickt glaubt, und annimmt, man könne ohne Gefahr mit Ideen verkehren, welche eine innige Verwandtschaft zur Sozialdemokratie haben. Ich bin nicht so zuversichtlich. Wir genießen jetzt Ruhe, weil die Polizei dafür sorgt, und wir leben in dem schönen Gefühl, daß unter uns Nichts vorgeht, weil wir davon weder hören noch sehen. Die Entwickelung solcher Pläne aber, wie wir sie gestern aus dem Munde des Reichskanzlers vernahmen, sollte doch nicht mit solcher Gelassenheit ausgesprochen werden. Wenn der Reichskanzler schon von der Abwesenheit der geringen Tagegelder eine konservative Stabilität der Parlamente erwartet, wie verträgt sich dann damit die Bestechung der Wähler mit unmäßigen Versprechungen? Trenne ich mich heute von seiner Politik, die mir freilich schon seit dem Abgange des Dr. Delbrück immer bedenklicher erschienen ist, so muß ich doch gestehen, daß der Fürst Bismarck diese letzte Bewegung mit einer Energie und Geschicklichkeit durchgesetzt hat, die alles Frühere hinter sich läßt. Nur bedaure ich, daß diese nach außen hin so wunderbar bewährte Geschicklichkeit heute ihre Spitze nach innen kehrt und ehrlich strebende Parteien niederwirft, wie einst äußere Feinde. Ich kann mir ja denken, wie auf den Fürsten Bismarck das protektionistische System eine große Anziehungskraft ausüben muß, weil es den augenblicklichen Erfolg für sich hat und neue Industrien erstehen läßt. Aber die im Lande verstreuten und dann vernichteten Existenzen bleiben verborgen und es fällt ihnen sehr schwer, ihr Recht zur Geltung zu bringen. Was der Herr Reichskanzler gesagt hat über sein Verhalten zu der früheren Zollpolitik, so glaube ich nicht, daß das richtig ist. Er hat sich da selbst verleugnet, denn ich kann mir nicht denken, daß ihm sein Gewissen erlaubt hätte, indifferent zu bleiben, und bewußt die ökonomische Wohlfahrt des Landes einem auswärtigen Zwecke zu opfern. Er stützte sich damals vielmehr auf progressive Elemente, auf den Liberalismus, und dadurch wurden ihm auch dessen progressive Tendenzen sympathisch. Wenn er heute eine Umkehr wünscht, so fällt ihm das um so weniger schwer, als er dadurch sein Finanzideal erreichen zu können hofft. Er hat stets sich der verschiedensten Theile der Parlamente vorurtheilsfrei zu bedienen verstanden, und wenn er einst von den „3 Kompagnien" im Reichstage sprach, so kommt jetzt eine vierte Kompagnie hinzu; namentlich auch, wenn ich die Erklärung der 204 (volkswirthschaftliche Vereinigung) lese, in denen das Centrum die Mehrheit hat — mir ist es nicht zweifelhaft, daß jetzt die Herren vom Centrum die Kerntruppen des

Herrn Reichskanzlers bilden werden (Große Heiterkeit), auch die gestrige Rede hat mich darin bestärkt. Ich glaube nicht, daß die Mitglieder des Centrums ihre religiösen und politischen Ueberzeugungen aufgegeben haben zu Liebe dem Zolltarif, sie sind von Hause aus überwiegend Schutzzöllner gewesen und haben schutzzöllnerische Kreise zu vertreten (Zustimmung im Centrum), und eine Politik, die mehr nach rückwärts als nach vorwärts geht, entspricht ihnen auch besser. (Heiterkeit.) Nicht das Centrum ist zum Reichskanzler, sondern dieser ist zum Centrum übergegangen. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat nicht gewollt, daß sein Name mit der neuen Zollpolitik identifizirt werden solle. Aber der Erfolg mag ein guter oder wie ich fürchte ein verhängnißvoller sein, immer wird dem Fürsten allein der Dank oder die Verantwortlichkeit für die neue Zollpolitik zufallen. Ich glaube auch nicht, daß der Bundesrath bei dieser neuen Gesetzgebung übergroße Selbstständigkeit verrathen hat. (Heiterkeit.) Wenn ich, wie mir oft vorgeworfen wird, Unitarier wäre, so könnte ich mich vielleicht darüber freuen, daß so die Organe der verbündeten Regierungen gleichsam nullifizirt werden, aber ich bin nicht Unitarier genug, um zu wünschen, daß erst vorher die Nation schwer geschädigt werden möchte, ökonomisch und moralisch. Beim Reichskanzler, der die indirekten Steuern für alleinseligmachend hält, wundert mich bloß die absolute Sicherheit, mit der er entgegengesetzte Meinungen ignorirt und für keinen Einwand ein Wort der Entgegnung hat. Werden doch auch für die Vorlagen die Motive immer erst nachträglich zusammengesucht, gerade wie ein Komponist erst dann die Ouvertüre schreibt, wenn die Oper selbst fertig ist. (Große Heiterkeit.) Das Hauptargument des Kanzlers ist immer das, „wir müssen den armen Mann erleichtern", und der Beweis wird nicht etwa damit geführt, daß man ihm weniger Geld abnimmt, sondern damit, daß man es in einer Weise thut, welche es ihm weniger fühlbar macht. Viel bedeutsamer ist die Fülle der Versprechungen, die über uns ausgegossen werden, wobei absolut jede Erklärung dafür fehlt, woher denn die künftigen Einnahmen gezogen werden sollen. Es sind so vielen Schichten der Nation Vortheile versprochen, daß ich mich frage, wer bleibt übrig, um alles das zu bezahlen? Noch eins ist zu diesem reichen Segen von Versprechungen hinzugekommen, das sind die Beamten. Es ist eigenthümlich, daß in heutiger Zeit eine Erhöhung der Beamtengehälter nach der Seite ihrer Befreiung von Steuern mit feurigen Buchstaben mit in das Programm aufgenommen worden ist, in einer Zeit, wo man doch, ohne ungerecht oder parteiisch zu sein, sagen kann, Niemand ist durch die Evolution der Zeit besser gestellt worden als die Beamten. Das Programm des Reichskanzlers hat noch einen zweiten, für die Wendung in seiner Politik charakteristischen Punkt, ich meine die wesentliche Betonung der agrarischen Anschauungen. Früher war die Partei hier im Hause sehr wenig vertreten. Ihre Führer in der Journalistik gehörten zu den Verläumdern des Reichskanzlers. Jetzt natürlich hat sich eine Scheidung vollzogen, da wohl in der agrarischen Partei, nachdem sie reichsfähig geworden ist, sich sozialistische Elemente nicht mehr finden werden. Wenn der Reichskanzler in ein künftiges System der Besteuerung eine Schattirung einführen will, die einen Unterschied zwischen Einkommen aus dem Erwerb und dem Kapitalzins macht, so ist das ein diskutirbarer Standpunkt, und ich bin ganz bereit, auf diesen Boden mitzutreten. Aber von solchen Reformen kann man eine kleine Konzession im Sinne der Gerechtigkeit, dagegen nicht die Erleichterung aller mittleren und unteren Klassen und noch eine freigebigere Versorgung der Einzelstaaten und Kommunen erwarten. Der Reichskanzler hat ferner die Frage der Rentabilität des Grundes und Bodens im Zusammenhange mit den vorgeschlagenen Getreidezöllen behandelt. Durch Steuererlaß kann allerdings der Werth des Bodens gehoben und die Lage des Bodenbesitzers verbessert werden, aber eine Veränderung der Getreidepreise kann dadurch nicht bewirkt werden in einem Lande, das, wie Deutschland, den zehnten Theil seiner Getreidebedürfnisse vom Auslande bezieht. Der Reichskanzler selbst sagt, daß, seitdem die Eisenbahnen nach Rußland gehen, ein unerwarteter Segen sich in den russischen Hinterländern entwickelt hat, die nun das Getreide über Europa ausschütten. Nun glaubt er vielleicht, daß es in der Entwicklung der Welt liege, daß diese Eisenbahnen nicht gebaut werden, oder daß die gebauten nicht dazu dienen sollen, die Produkte dieses Landes nach Gegenden zu tragen, wo sie mehr Werth haben, als gerade zu Hause, wo sie auf dem Halme verfaulen könnten? Ich begreife wirklich nicht, wie man sich so verschließen kann. (Lachen rechts.) Ich will nicht bestreiten, daß ein ganz Theil Noth auf diesem Revier existirt, ja, ich gestehe sogar, ich bin viel mehr von der Wahrscheinlichkeit einer solchen Noth in den Agrikulturverhältnissen durchdrungen, als in der Industrie. (Sehr richtig! links.) Wenn der Herr Reichskanzler an das Mitgefühl des deutschen Reichstages für die armen östlichen Provinzen appellirt, so wird er ein williges Ohr finden. Der Reichskanzler hat bei seinem Uebergang von der Finanzpolitik zur Zollpolitik mit überraschender Harmlosigkeit so gesprochen, als ob man allseitig darüber einig sei, daß die Schutzzollpolitik das einzig Richtige sei. Er hat dabei geschickt ein Kaptivirungsmittel benutzt, das ich in seiner Substanz willkommen heiße, indem er sagte: Schutzzöllner sind wir ja alle. Das ist nicht richtig, aber die Gegner der neuen Tarifpolitik sind praktische Leute, die sich auf dem Boden der gegebenen Thatsachen bewegen. (Aha! rechts.) Noch einige allgemeine Gesichtspunkte will ich anführen. Im Vordergrunde steht derjenige, der die Frage lösen soll, ob es möglich sei, gleichzeitig Agrikulturzölle und Industriezölle einzuführen. Ein anderer Gesichtspunkt ist der der Kampfzölle, unter deren Flagge die Zollreformen eigentlich bei uns eingeführt worden sind. Das Prinzip der Kampfzölle, praktisch und vernünftig von Fall zu Fall angewendet, widerstrebt auch dem Freihändler nicht. Aber ein Kampfzollsystem einzuführen ohne jede Wahl und bei Dingen, bei denen wir keine Hoffnung haben, etwas durchzusetzen, darauf sollte weder ein Schutzzöllner, noch ein Freihändler eingehen. Ich will hierbei gleich jenen § 5 einflechten, der dem Bundesrath die Vollmacht giebt, in gewissen Fällen unsere Zölle um das Doppelte zu erhöhen. Sollte dieser § 5 angenommen werden, so werden wir eine Zollgesetzgebung haben, die eigentlich nur einen einzigen Artikel zu haben braucht, nämlich folgenden: „Der Reichskanzler kann jeden Tag die Schutzzölle im deutschen Reich gegenüber allen anderen Ländern in beliebiger Höhe und auf jeden Artikel bestimmen." Ich muß noch einen Augenblick auf den Tarif eingehen. Wenn ich nicht prinzipiell auf einer andern Seite stände, wie die verbündeten Regierungen, so würde ich mich doch dagegen wahren, daß unsere Tarifreform mit den fünf- und sechsfach schwierigen Aufgaben jetzt in einer Weise überstürzt wird, wie es unvermeidlich der Fall ist, wenn Sie diesen Tarif annehmen. Wenn wir ganz allein die Frage der Tabaksteuer gründlich lösen wollten, so hätten wir für die uns gegebenen 2 Monate reichlich Arbeit, und nun wird diese Arbeit mit dem ganzen Steuersystem, den Finanzzöllen und den konstitutionellen Fragen in einen Topf gebracht und soll in wenigen Wochen geprüft werden, nachdem die Vorbereitung eine unbeschreiblich unzulängliche gewesen ist. Sie wollen uns bange machen, indem Sie die Vertheidiger des gesunden Menschenverstandes, den der freie Verkehr repräsentirt, als Vaterlandsverräther hinstellen. Diejenigen aber, welche verlangen, daß deutsche Staaten oder Käufer, Eisenbahnverwaltungen oder Private, durch Zölle gezwungen höhere Preise zahlen, damit das Ausland billigere Materialien kaufen kann, die subventioniren ganz einfach fremde Staaten. (Sehr richtig! links), und wenn wir nach einem Nachbarlande für 110 Mark per Tonne Schienen führen, die der deutsche Staat mit 150 Mark bezahlt, so bezahlen wir dem fremden Lande mit dem Schweiß des Steuerzahlers, der in der gestrigen Rede des Reichskanzlers eine so große Rolle spielte, Schienen, auf denen vielleicht Truppen zum Angriff gegen uns befördert werden. (Sehr richtig! links.) Das ist die nationale Politik des Schutzzolls. Die Folge der hohen Schutzzölle wird die Wiederherstellung der sogenannten Koalition der Industriellen sein, die früher eine große Rolle spielte und sich noch jetzt so einigermaßen erhält. Der Reichskanzler hat am Schluß seiner gestrigen Rede den Wunsch ausgesprochen, man möge nur die Tariffrage so schnell wie möglich fertig machen, lieber schnell und falsch, als lange zögern. Dem kann ich nicht beistimmen. So groß die Uebel auch sein mögen, die die gegenwärtige Vorlage über das deutsche Reich bringt, so wäre es doch ein größeres Unglück, wenn wir uns nicht einmal besännen, als wenn wir dem Beispiel der Tarifkommission und des Bundesrathes folgten. Ich will mich nicht der Uebertreibung schuldig machen, zu sagen: der neue Zolltarif werde den ganzen Wohlstand der deutschen Nation ruiniren. Nein, m. H., die Nationen sind zum Glück von der Natur so geschaffen, daß sie Viel aushalten, aber wir wollen wenigstens dafür sorgen, daß wir sagen können: wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die Zeit wird lehren, wer für das Wohl der deutschen Nation hat sorgen wollen, — die, welche ohne Vorbereitung und Prüfung der sachlichen Verhältnisse nach bloßen Schlagwörtern eine grundstürzende Veränderung im Handumdrehen herbeiführen, oder die, welche warnen, den gesetzlichen Boden der Gegenwart nicht zu verlassen, bis man Zeit gehabt hat, unter besseren Umständen und in richtiger Würdigung die Verhältnisse zu prüfen. (Beifall und Zischen.)

Bundesbevollmächtigter Finanzminister Hobrecht: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Bamberger hat in dem ersten Theile seiner Rede eine Anklage gegen den zu meinem Bedauern abwesenden Herrn Reichskanzler erhoben, die von dieser Stelle nicht ohne ein Wort der Erwiderung gelassen werden darf. Die Anklage ging dahin, daß die gestrige Motivirung und Einführung der Vorlagen der verbündeten Regierung auf eine sozialistische Agitation hinauslief, welche gerade die Elemente stärkt und fördert, gegen die das Gesetz gerichtet ist. Ich glaube, daß in diesem Vorwurf sehr viel mehr Agitatorisches liegt, als in der angeblichen Agitation, die dem Reichskanzler vorgeworfen wird (Sehr richtig! rechts). Was wir bekämpft haben, ist nicht eine wirthschaftliche Irrlehre, sondern der Gegenstand liegt auf einem ganz anderen Gebiete. Es ist unmöglich gewesen, daß ein Volk, welches keine Opfer scheute, um Schulen zu gründen und eine Bildung zu verbreiten, in der die Kinder herangezogen werden sollen zur Arbeitslust, Bescheidenheit, Dankbarkeit und Gottesfurcht, daß ein solches Volk in sich eine geschlossene Gesellschaft dulden kann, welche den Schutz der Gesetze in Anspruch nimmt, um ganz offen programmmäßig an der heranwachsenden Jugend das zu zerstören, was mühsam Gegenstand der Erziehung der Kinder geworden ist, und es ist nicht blos Unrecht, sondern ich glaube gefährlich, — denn es ist eine Protektion der Sozialdemokratie — wenn man den Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel, oder wie Sie es nennen wollen, in Verbindung bringen will mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratie (Sehr richtig! rechts). Ich muß auf eine andere Seite des Vorwurfs kommen: „agitatorische Versprechungen": Es ist mir geradezu in meiner Stellung der Vorwurf gemacht worden, Steuererleichterungen und Erlasse speziell für Preußen in Aussicht gestellt zu haben, einen Wechsel acceptirt zu haben, den Niemand werde acceptiren können, und ich habe umsomehr ein Recht, darüber zu sprechen, weil bei Gelegenheit der Berathung des letzten Etats im preußischen Abgeordnetenhause ich den Umfang der Reformen in unserem Steuersystem, den ich für zulässig und wünschenswerth hielt, meinerseits angegeben habe, den Umfang, der nicht so weit geht, wie die Ziele, welche der Herr Reichskanzler sich gestellt hat. Nun bitte ich Sie im Gedächtniß zu behalten, daß der Reichskanzler ausdrücklich erklärt hat, er wolle nur eine Richtung bezeichnen, nach der hin er seinen Einfluß geltend zu machen beabsichtige, und daß er ausdrücklich hinzufügte, er spräche in diesem Punkte lediglich für sich und nicht auf Grund einer Vereinbarung mit dem preußischen Staatsministerium oder mit dem preußischen Finanzminister; die Frage aber, ob das preußische Staatsministerium gerade bis zu dieser Grenze zustimmen würde, eine Frage übrigens, in Bezug auf deren Lösung ich durchaus keine Besorgniß habe — die Frage, ob ich willens bin, die Verantwortung für die Umgestaltung unserer direkten Steuern zu übernehmen, die weiter geht als das, was ich im preußischen Abgeordnetenhause erklärt habe, das ist eine Frage, die hier in dieser Stunde nicht gelöst werden kann; es ist aber auch eine Frage, die für den deutschen Reichstag nur in einem Falle interessant wäre, nämlich dem, wenn aus einer Berechnung des Bedürfnisses, wie sie sich ergiebt bei der Zugrundelegung des Reformprogramms, wie ich es angegeben habe, etwa eine geringere Summe herauskommen sollte, als diejenige, welche in den dem Reichstage gemachten Vorlagen gefordert wird. Ich glaube aber Ihnen sehr leicht beweisen zu können, daß dieser Fall nicht vorliegt. Das Bedürfniß nach einer Vermehrung der Einnahmen im Reich ist ein zweifaches. Es handelt sich darum, ein wirklich vorhandenes Defizit nachzuweisen, und darum die Mittel zu gewinnen, um gewisse Steuerreformen durchzuführen. Ich möchte mich darauf berufen, daß der Betrag, den Preußen an reinen Matrikularbeiträgen zahlt, ungefähr gleich sein wird dem Betrage seines dauernden Defizits. (Ruf links: Nein!) Leider ist der Abschluß noch nicht vollständig fertig, es läßt sich aber bereits übersehen, daß die Rechnung des vergangenen Jahres nicht nur mit keinem Ueberschuß, sondern mit einem Defizit von wahrscheinlich 12 oder 13 Millionen enden wird (Hört!) und die Zahl der ununterbrochen herantretenden neuen Bedürfnisse ist eine solche, daß ich nicht wage, das dauernde Defizit wesentlich niedriger anzunehmen, als den Betrag, den Preußen an Matrikularbeiträgen zahlt. Im preußischen Landtage ist Folgendes als Ziel einer Steuerreform hingestellt: Die Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände verlangt einen Betrag von 33 Millionen. Die Summe für eine Reform der Klassen- und Einkommensteuer ist mindestens 20 Millionen, das sind 53 Millionen, und wenn Sie die damals ausgegebene Summe von 3 Millionen zur Korrektur der Gewerbesteuer hinzunehmen, so wären das 56 Millionen, dazu den Betrag von rund 44 Millionen des Defizits, so ergiebt sich ein Gesammtbedürfniß für Preußen von 100 Millionen. Dem entspricht für das ganze Reich eine Summe von 166 bis 167 Millionen Mark, die zur Deckung der Bedürfnisse durch das Reich von diesem aufgebracht werden müßte. Zu demselben Resultate führte eine gar nicht auf preußische Zustände fußende Berechnung. Eine Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reichs, die einen Betrag liefert, der auf die einzelnen Staaten nach der Bevölkerungszahl vertheilt, Baiern diese 20 Millionen zuweist, sind ebenfalls auf 167 Millionen. Niemand wird behaupten, daß selbst bei der unveränderten Annahme dieser Vorlagen, ein höherer Betrag als dieser dann erzielt wird. Der Nachweis des Bedürfnisses ist unzweifelhaft in dieser Frage die eigentlich schwierige Seite, deren Peinlichkeit Niemand in dem Grade empfinden kann, als wessen Amt die gewissenhafte Führung der Finanzverwaltung ist. Die Schwierigkeit liegt in unserem gegebenen Verfassungszustand, darin, daß die eine Körperschaft zu bewilligen, die andere zu verwenden hat. Ständen wir uns wie prozeßführende Advokaten gegenüber, deren Keiner einen Skrupel hat, Dinge, die ihm bekannt sind, an das Licht zu stellen, weil er hofft, der andere Theil werde ungeschickt operiren oder sein Material nicht zur Hand haben, so wäre keine Hoffnung auf Beseitigung dieser Schwierigkeit. Gehen wir aber von gemeinsamer Ueberzeugung aus, sind wir einig, daß diese besonders in unserer deutschen Reichs- und Landesverfassung liegende Schwierigkeit nicht zum Hemmschuh gegen eine gesunde finanzielle Entwickelung werden soll, dann wird das Vorhandensein des Bedürfnisses in der behaupteten Höhe nicht bestritten werden. (Beifall rechts.)

Um 4½ Uhr vertagt das Haus die weitere Brathung bis Montag 11 Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 4. Mai. Die Bildung der Bezirke der Amtsgerichte ist jetzt im Wesentlichen abgeschlossen. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, um nach dem Ausführungsgesetz zur deutschen Gerichtsverfassung der Prüfung des Bedürfnisses nach Einrichtung von Gerichtstagen näher zu treten. Wenn auch diese Einrichtung unter der neuen Gerichtsorganisation bei der Ausdehnung des mündlichen Verfahrens und bei der Bildung der Schöffengerichte an Bedeutung und Brauchbarkeit eher verlieren als gewinnen wird, so wird dieselbe doch namentlich in der Uebergangszeit mit großer Schonung zu behandeln sein, zumal die Eingesessenen der Gerichtstagsbezirke vielfach besonderen Werth auf den Fortbestand der ihnen gewährten Vergünstigung legen und durch den Wegfall die Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse ohne Noth erschwert werden könnte. Der Justizminister hat, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, Einleitungen getroffen, um die weiteren Anordnungen in Betreff der Gerichtstage festzustellen.

Zur anderweitigen Feststellung der Frachtvergütung für die Beförderung zahlungspflichtiger Postsendungen auf den Eisenbahnen, auf welche das Eisenbahnpostgesetz von 1875 Anwendung findet, sowie zur Gewinnung entsprechender Vergleichszahlen ist für das laufende Etatsjahr wiederum eine genaue Statistik darüber erforderlich, wie viel in einem zehntägigen Zeitraum bei jedem zur Beförderung von Postpäckereien dienenden Eisenbahnzug die Zahl der unter sämmtlichen zu- und abgehenden Postpacketen befindlichen Stücke im Einzelgewicht über 10 Kgr. und wie viel das Gesammtgewicht der Stücke über 10 Kgr. beträgt. Es wird hierzu die Zeit vom 15. Mai ab bestimmt.

Zwischen Deutschland und Mexiko wird eine regelmäßige Postdampfschiffsverbindung eingerichtet, und zwar von Hamburg aus. Die Rückfahrt wird von Tampico aus erfolgen. Als regelmäßige Anlaufstellen sind Havre und St. Thomas in Aussicht genommen.

Provinzielles.

Stettin, 5. Mai. In Folge der günstigen Witterung entwickelte sich am gestrigen Sonntag ein äußerst reger Verkehr nach außerhalb, die Dampfer nach Gotzlow und Frauendorf waren auf allen Touren gefüllt und beförderten Tausende nach diesen Orten. Ebenso hatten sich Podejuch und Höckendorf eines sehr regen Besuchs zu erfreuen.

— Am 30. v. M. wurde hierselbst ein neues Schwindelmanöver ausgeführt. In die Pianoforte-Handlung von Rens kam ein junger Mann, gab sich für einen Studenten aus und wünschte ein Piano zu leihen. Da derselbe einen sehr guten Eindruck machte, auch das Leihgeld sofort erlegte, wurde ihm ein Instrument übergeben, dessen Transport er selbst übernehmen wollte. Fast zu derselben Stunde wurde in dem Pianoforte-Lager von Böttcher auf der Wollweberstraße dasselbe Manöver ausgeführt; auch hier wurde ein Instrument verabfolgt. Beide junge Leute waren jedoch Schwindler, die Instrumente wurden sofort für 200 resp. 150 Mk. versetzt. Bis jetzt gelang es nicht, die Schwindler zu ermitteln.

Literarisches.

Illustrirte Ausgabe von **H. C. Andersen's Werken.** Neu übersetzt mit Biographie, Einleitungen und Anmerkungen versehen von Emil J. Jonas. Der Dichter ist der großen Mehrzahl des deutschen Volkes bereits so bekannt, daß wir nur Weniges zur Empfehlung zu bemerken brauchen. Es ist die fast idyllische Einfachheit der Erzählungsweise, die ungetrübte Reinheit der Anschauungen, gepaart mit hohem religiösem Ernst, nordischer Tiefe der Empfindungen und einer ungewöhnlichen Erfindungsgabe, welche Andersen zu einem beliebten Schriftsteller bei allen Nationen und für jedes Alter gemacht haben. Wem es darum zu thun ist, anregende Gedanken in edlem, einfachem Gewande zu finden, wer nicht nach himmelstürmenden Tiraden hascht, sondern das Bewußtsein sich erhalten hat und es auf die Kinderwelt übertragen will, daß das ästhetisch Schöne, wie die antike Kunst dies so überzeugend nachgewiesen hat, gerade in der Einfachkeit der Form seinen höchsten Ausdruck findet, der wird Andersen's Werke nie ohne die höchste Befriedigung aus der Hand legen.

Die Ausstattung ist eine treffliche, geziert durch die ausgezeichneten Original-Illustrationen von Künstlern wie Reinhardt, Röhling, Rechlin, Gamborg, Grotjohan, Ekwall, Brendamour u. A.

Telegraphische Depeschen

Darmstadt, 4. Mai. Prinz Alexander von Battenberg ist Mittags von Berlin hier eingetroffen. Der Vater desselben, Prinz Alexander von Hessen, ist mit seiner Gemahlin und dem Prinzen Heinrich von Battenberg, ebenfalls um die Mittagsstunde, von Paris hierher zurückgekehrt.

München, 4. Mai. In einem Artikel der „Deutschen Merkur" werden alle Berichte über die angebliche Unterwerfung resp. Bekehrung des Prof. D. Döllinger für unbegründet erklärt.

Wien, 4. Mai. Das Projekt, die griechisch-türkische Grenzfrage durch eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel auszutragen, ist definitiv gescheitert, nachdem England die Theilnahme abgelehnt.

Paris, 4. Mai. Die Unterhandlungen über die griechische Frage dauern fort, da sich England der Abtretung Janinas nicht geneigt zeigt. Die Frage über den Zusammentritt einer Konferenz ist noch nicht entschieden, bis jetzt sind nur zwei Mächte, Deutschland und Oesterreich, für einen solchen.

Petersburg, 4. Mai. Die russische „St. Petersburger Zeitung" meldet, daß die Abtretung Kuldshas an China im Prinzip beschlossen sei.

Petersburg 4. Mai. Nach einem amtlichen Telegramm aus Orenburg vom 3. d. Mts. ist der Brand daselbst nunmehr gelöscht, mit Ausnahme weniger Stellen, an welchen noch Holz unter dem Schutte glimmt. Es sind energische Maßregeln zum Löschen getroffen worden. Die meisten Obdachlosen sind bereits untergebracht. Brod wird unentgeltlich vertheilt.

Das Unterstützungskomitee hat die Stadt in 5 Bezirke eingetheilt, um das Einziehen zuverlässiger Informationen über die Nothleidenden zu erleichtern. Die Rentei, sowie einige Banken haben ihre Thätigkeit wieder aufgenommen. Bei dem Oeffnen eines feuersicheren Schrankes in der Abtheilung der Reichsbank ergab sich, daß in demselben gegen 300,000 Kreditrubel verkohlt waren, während Gold und Silber unbeschädigt war.